



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann, Tim Pargent, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Toni Schuberl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Sanierung von Polizeidienststellen
(Kap. 13 26 Tit. 331 53 neuer Tit.)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 13 26 wird der Ansatz im Tit. 331 53 (Zuweisungen des Bundes für Investitionen in die Innere Sicherheit) für das Jahr 2026 von 100.000,0 Tsd. Euro um 128.937,2 Tsd. Euro auf 228.937,2 Tsd. Euro erhöht.

In Kap. 13 26 wird in der TG 53 (Polizei-Budget – Innere Sicherheit allgemein) ein neuer Tit. „Staatliche Hochbaumaßnahmen Landespolizei“ ausgebracht und für das Jahr 2027 mit Mitteln in Höhe von 45.835,0 Tsd. Euro ausgestattet.

In Kap. 13 26 wird in der TG 53 (Polizei-Budget – Innere Sicherheit allgemein) ein neuer Tit. „Staatliche Hochbaumaßnahmen Bereitschaftspolizei“ ausgebracht und für das Jahr 2027 mit Mitteln in Höhe von 83.102,2 Tsd. Euro ausgestattet.

Begründung:

Die zusätzlichen Mittel aus dem Sondervermögen des Bundes dienen der Gegenfinanzierung der im Epl. 03 beantragten zusätzlichen Mittel für die Sanierung von Dienststellen der Landes- und Bereitschaftspolizei.